

Carsten Deitmer

Tagungsbericht: »Parteiendemokratie in der Krise? Politische Parteien und Bewegungen im gesellschaftlichen Wandel (1970 bis heute)«

München, 21. bis 22. November 2019 //

veranstaltet vom Institut für Zeitgeschichte München – Berlin

in Kooperation mit dem GraduateCenter der Ludwig-Maximilians-Universität München und der KGParl

Politische Parteien sind Akteure, die eine Verbindung zwischen der Gesellschaft und dem politischen System herstellen, indem sie BürgerInnen die Partizipation am Prozess der Willensbildung und Entscheidungsfindung ermöglichen. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Verankerung sollte die Erforschung dieser intermediären Instanzen nicht ausschließlich hermetisch aus institutioneller und organisationsgeschichtlicher Perspektive erfolgen. Vielmehr bedarf es zusätzlicher Analyse-Parameter, die politische Parteien im Kontext einer sich wirtschaftlich, sozial und kulturell wandelnden Gesellschaft verorten. Hier knüpfte der Workshop an, der im Sinne einer methodisch offenen Erforschung der deutschen Parteiengeschichte ihre Beziehungen mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen seit den 1970er Jahren aufzeigte. Im Fokus standen dabei am ersten Tag die Veränderungen von politischen Steuerungsansprüchen in der Umweltpolitik (Panel I) und die Erosion sowie Genese von Wählermilieus im Zuge des Postmaterialismus, durch die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Segmente und die Individualisierung von Lebensläufen (Panel II). Am zweiten Seminartag erfolgte zunächst eine Auseinandersetzung mit den Folgen von friedlicher Revolution und Wiedervereinigung für die deutsche Parteienlandschaft (Panel III). Differierende Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte von West und Ost evozierten völlig anders geartete politische Kulturen, die – dies manifestiert(e) sich nicht zuletzt an Wahlerfolgen populistischer Parteien – sich bis heute nicht nivelliert haben. Die vierte Sektion beschäftigte sich schließlich mit dem auf Identitätskonzepten basierenden Populismus, der bereits in den 1980er und 1990er Jahren zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor avancierte.

Nach einer Begrüßung durch ELKE SEEFRIED (München) eröffneten FELIX LIEB (München) und THORSTEN HOLZHAUSER (Mainz) den Workshop thematisch. Diese bekräftigten, der Wandel des Politischen müsse auch sozioökonomisch eingebettet werden. Der andauernde Niedergangsprozess der (ehemaligen?) Volksparteien SPD und CDU sowie die hiermit einhergehende Stärkung der politischen Ränder verdeutlichten die Relevanz weiterer

Forschungen. Notwendig seien dabei nicht nur politologische und soziologische Blickwinkel, sondern auch die bisher ein „Nischendasein“ fristende geschichtswissenschaftliche Erforschung des Parteiensystems und seiner Wechselbeziehungen mit der Gesellschaft.

Panel I: Das Politische und das Private: Der Wandel politischer Steuerungsansprüche „nach dem Boom“

STEFAN WEISPFENNIG (Trier) referierte über die Konsumvorstellungen der Grünen. Dabei stand die Frage im Vordergrund, welchen politischen Steuerungsanspruch die Grünen von 1980 bis in die frühen 2000er Jahre auf den gesellschaftlichen Konsum erhoben hätten. Während die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm von 1980 Umweltprobleme noch über eine fundamentale Umwälzung des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems haben beheben wollen, sei der Einfluss dieser ÖkosozialistInnen in den 90er Jahren geschwunden. Vielmehr habe die Mehrheit der Grünen nun stärker auf das Propagieren eines moralischen Konsumverhaltens der Bevölkerung im Sinne des LOHAS (Lifestyle of Health and Sustainability) gesetzt. Mit der Ausweitung des auf Freiwilligkeit beruhenden privaten Handlungsrahmens des Individuums sei eine Reduzierung der Ansprüche politischer Steuerung der Grünen erfolgt.

Im Anschluss verortete FELIX LIEB (München) die Ökologiepolitik der SPD im Spannungsfeld von Arbeitnehmerinteressen und Umweltschutz. Mit Rekurs auf Oliver Nachtwey fragte der Referent, ob es sich bei diesem Politikfeld um eine „Marktsozialdemokratie“ handele. Dieser zufolge solle der Markt nicht im Sinne des Sozialen eingehegt, sondern mit den Mitteln des Sozialen gefördert werden und die Organisation des Sozialen nach den Prinzipien des Marktes erfolgen. Trotz einer in den 1970er Jahren zunehmenden Ökologisierung der SPD, die indes erst 1982 aufgehört habe lediglich reaktiv zu sein, sei die Partei auf der nun die politische Agenda beeinflussenden Konfliktlinie zwischen Industrie und Natur weiterhin primär eine Interessenvertretung von ArbeiterInnen im Rahmen der traditionellen Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit geblieben. Programmatischen Verlautbarungen einer sich vermeintlich gegenseitig ergänzenden „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ zum Trotz hätte in der Realität vor allem die Förderung des Wirtschaftswachstums zum Zwecke der Wohlstandsmehrung des Wählermilieus eine Rolle gespielt.

Panel II: Das Ende der „Volksparteien“? Gesellschaftliche Pluralisierung und „Werte-wandel“ seit den 1970er Jahren

Die zweite Sektion wurde von THORSTEN HOLZHAUSER (Mainz) in Vertretung für den kurzfristig erkrankten BERNHARD DIETZ (Mainz) mit einem Vortrag über die innerparteilichen Kontroversen

der CDU zum Umgang mit einer vom konservativen Flügel ausgemachten „Werteerosion“ in den 1980er Jahren eingeleitet. Im Zuge der sukzessiven Erosion der Wählermilieus der Vertriebenen und Bauern sowie dem parallelen Avancieren der Frauen- und Umweltbewegung sei in der CDU ein heftiger Flügelkampf zwischen christlich-sozialen Reformern und Konservativen entbrannt. Vorangetrieben vom Reformflügel habe die Konrad-Adenauer-Stiftung Forschungen zum gesellschaftlichen „Wertewandel“ betrieben, die indes aus dem Bundeskanzleramt scharf kritisiert worden seien. Im Angesicht des Postmaterialismus habe der Konservatismus seine Identität neu definieren müssen: Wie ist auf die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen zu reagieren? Muss die „Werteerosion“ aufgehalten oder die Individualisierung gestaltet werden? Was sind demnach bürgerliche Werte? HOLZHAUSER resümierte, derartige Selbstverständigungsprozesse illustrierten, dass „die“ CDU in den 1980er Jahren liberaler und weniger harmonisch gewesen sei, als heutige, partiell nostalgisch verklärende Rückblicke auf die vermeintlich heile konservative Welt der Ära Kohl dies suggerierten.

BERNHARD GOTTO (München) referierte über das Verhältnis von Parteibasis und -führung der im Bundestag vertretenen Parteien in den 1970er und 1980er Jahren. Dabei fragte er nach der Persistenz einer in Eingaben der Basis ihren Ausdruck findenden Vertrauenskrise. GOTTO rekurrierte auf den Krisenbegriff Thomas Mergels – die Krise als das „Normale“ der Moderne – und lehnte sich an Ute Freverts Konzeption von Vertrauen als politischer Ressource an. Bei den teils sehr emotional verfassten Eingaben handele es sich um Versuche einer „diskursiven Selbstermächtigung“, die tatsächlich oder vermeintlich verloren gegangene Augenhöhe zur Parteispitze zu restaurieren. Oftmals habe die lokale Parteibasis sich und ihre Interessen nicht mehr von ihrer Führung repräsentiert empfunden, wobei häufig der Topos der „Entfremdung“ ins Feld geführt worden sei. Nach dem soziologischen Exit-Voice-Modell könnten Beschwerden der Parteibasis dennoch als Indiz für eine nach wie vor vorhandene Parteiloyalität angesehen werden, handele es sich doch bei aller harter Kritik um einen Versuch, die als defizitär empfundene Situation zu verbessern. Das in den Eingaben zum Ausdruck kommende Spannungsverhältnis bestehe dabei aus dem Wunsch der Beeinflussung politischer Prozesse durch die „einfachen“ Parteimitglieder einerseits und aus der tatsächlichen politischen Praxis professionell agierender Akteure andererseits.

Die politische Arbeit der SPD von 1986 bis 1989 in der von einer rasanten Tertiärisierung der Wirtschaftsstruktur erfassten Stadt Frankfurt am Main präsentierte MARC MEYER (Trier). Die Ursachen für den Niedergangsprozess der Frankfurter SPD, der sich seit den frühen 1980er Jahren anhand eines Mitgliederschwundes abgezeichnet hätte, standen dabei im Vordergrund seiner Ausführungen. Der Referent führte den Abstieg der SPD auf drei Faktoren zurück: Erstens habe sich die Partei zu sehr mit sich selbst beschäftigt und Personaldiskussionen hätten ihr mediales

Bild dominiert. Zweitens sei die öffentliche Wahrnehmung der SPD durch Ambivalenz gekennzeichnet gewesen: Auf der einen Seite habe sich die Partei um eine Stärkung des Wirtschafts- und Finanzstandortes Frankfurt bemüht – mit den damit einhergehenden Zuzügen und Gentrifizierungsprozessen –, auf der anderen Seite habe die SPD Wert auf eine soziale Abfederung für die „Verlierer“ derjenigen Modernisierungsprozesse gelegt, die sie selbst mitzuverantworten gehabt habe. Die SPD habe, drittens, nach dem sozioökonomisch bedingten Wegschmelzen ihrer einst proletarischen Kernwählerschaft den gescheiterten Versuch unternommen, das emporstrebende Milieu der akademischen und individualistisch orientierten Aufsteiger zu erschließen. Durch diesen permanenten Spagat habe die Frankfurter SPD kein klares Profil ausbilden können und ihr sei die kommunalpolitische Lösungskompetenz abgesprochen worden.

Das Seminarprogramm schloss am ersten Tag mit einem öffentlichen Abendvortrag von SILKE MENDE (Berlin). Ausgehend von Gegenwartsdeutungen einer „Krise der Volksparteien, der Repräsentation und der Demokratie“ beleuchtete MENDE historische Äquivalente dieser, wie aufgezeigt werden konnte, nicht nur aktuellen Debatte. Bei dem berühmten Zitat Willy Brandts – „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ – etwa habe es sich auch um ein Angebot an die aufbegehrende außerparlamentarische Opposition und ihrer Kritik an der Praxis der repräsentativen Demokratie gehandelt. Darüber hinaus sei das identitätsversichernde politische Links-Rechts-Schema mit dem Bedeutungszuwachs der Ökologieproblematik aufgebrochen worden. So hätten viele ZeitgenossInnen die nun die politische Agenda mitbestimmende Konfliktlinie zwischen Natur und Industrie, den Verlust klarer politischer Trennlinien zwischen Sozialismus, Konservatismus und Liberalismus sowie die Entstehung der Partei „Die Grünen“ als Krisenphänomene gedeutet. Eine Verbindung sieht MENDE zur heutigen Zeit, in der die gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus (Wolfgang Merkel) an Bedeutung gewinne und populistische Parteien aus dieser politischen Profit schlagen.

Panel III: Das „Ende der Geschichte“? Der Fall des Eisernen Vorhangs und die Wiedervereinigungsprozesse in der deutschen Parteienlandschaft

Der zweite Seminartag begann mit einem Vortrag von ETIENNE DUBSLAFF (Montpellier) über das Verhältnis der am 7. Oktober 1989 in der DDR gegründeten SDP (ab Januar 1990 SPD) zur West-SPD. Nach ihrer Gründung aus der Bürgerbewegung heraus transformierte sich die Partei in rasantem Tempo. Begonnen als eine illegale Oppositionspartei gegen das autokratische SED-Regime habe sie sich binnen kürzester Zeit – ein Vorgang, der durch ihre Fusion mit der westdeutschen SPD vom 27. September 1990 abgeschlossen worden sei – zu einem demokratischen Akteur des gesamtdeutschen Parteiensystems gewandelt. Zwar habe Willy Brandt als Identifikationsfigur der

Partei fungiert, doch habe es hiervon abgesehen bis zum Mauerfall kaum Orientierungen an der Parteischwester im Westen gegeben. Dagegen habe sich die Partei nur wenige Wochen nach dem 9. November 1989 bereits für die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen. Im folgenden Wahlkampf um die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 habe ein von gegenseitigem Misstrauen geprägter, sehr konfliktreicher Transfer der demokratischen Verfahrensweise von West nach Ost stattgefunden – womit Komplikationen im langfristigen Prozess der inneren Einigung, über den formalen Beitritt der ostdeutschen Landesverbände gemäß westdeutschem Statut hinaus, bereits hier angelegt gewesen seien.

FLORIAN SCHIKOWSKI (Potsdam) referierte über den Weg des Bündnis 90 in das westdeutsche Parteiensystem. Ausgehend von der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 zeigte SCHIKOWSKI auf, dass große Teile der westdeutschen Parteibasis der Grünen sich von der gemeinsamen Bundestagsgruppe nicht repräsentiert gefühlt hätten. So sei eigens der Menschenrechtsaktivist Lukas Beckmann als westdeutsche Identifikationsfigur für die Bundestagsgruppe rekrutiert worden. Die Zusammenarbeit der Grünen als die „westdeutsche“ aller Parteien mit dem Bündnis 90 als „ostdeutsches Phänomen“ habe sich konfliktreich gestaltet, da die politische Kultur des etablierten westdeutschen Parlamentarismus und jene der sich durch einen geringen Organisationsgrad auszeichnenden ostdeutschen Oppositionellen erheblich divergiert hätten. In Anlehnung an Philipp Thers These der „Kotransformation“ sei es in den kommenden Jahren durch diesen „Clash of Civilisations“ zu einer sich im wechselseitigen Interaktionsprozess verändernden politischen Kultur gekommen.

Panel IV: Jenseits von rechts und links? Populismus und nationale Identität in der Bonner und Berliner Republik

MORITZ FISCHER (München) verortete den Aufstieg der rechten Partei „Die Republikaner“ im Umfeld des erinnerungskulturellen Diskurses um die nationalsozialistischen Verbrechen in den 1980er Jahren. Während Holocaust und Vernichtungskrieg in immer stärkerem Maße in der Gesellschaft diskutiert worden seien, hätten sich die Republikaner als Antipoden einer selbstkritischen Geschichtsaufarbeitung etablieren können. Veteranen der Wehrmacht und SS, Vertriebenenverbände sowie Teile des rechtskonservativen Randes der CDU hätten ein für den erinnerungsdiskursiven Wandel im Sinne einer „Entkriminalisierung Deutschlands“ aufgeschlossenes Wählermilieu gebildet. Dabei hätten die Republikaner anders als die CDU eine nationale Identität nicht etwa in einem gesamtdeutschen Verfassungspatriotismus, sondern in einem gesamtdeutschen Staat in den Grenzen von 1937 mit einer völkisch imprägnierten Form eines genuin „deutschen Konservatismus“ ausgemacht.

Die These einer dialektischen Aufhebung des Links-Rechts-Schemas bei Teilen der Grünen und der Neuen Friedensbewegung vertrat MARTIN G. MAIER (Marburg). Mit der Hinwendung zur Cleavage zwischen Regionalismus und Zentralismus sei partiell ein Bedeutungsverlust der traditionellen Konfliktlinie zwischen Nationalismus und Internationalismus erfolgt. Ohne in seiner ideengeschichtlichen Analyse gleichzusetzen, betonte MAIER, trotz der Absage an den Nationalismus sei mit dem vertretenen Regionalismus eine tendenzielle ideologische Anschlussfähigkeit an die revolutionäre politische Rechte gegeben gewesen. Auch Ideologeme wie die in der Neuen Friedensbewegung artikulierte Forderung einer strikten Neutralitätspolitik Deutschlands, Anti-Amerikanismus und -elitarismus sowie die formulierte Globalisierungskritik seien Indikatoren hierfür. Die theoretische Anschlussfähigkeit manifestiere sich auch semantisch, etwa im Topos der „Kolonialisierung Deutschlands“ mit Blick auf die alliierte Besatzungsherrschaft. Wenngleich die Neue Rechte bei ihrem Versuch, diese Schnittflächen für die Rekrutierung neuer Anhänger zu nutzen, weitgehend gescheitert sei, verdeutlichten diese ein Stückweises Aufbrechen der traditionellen Links-Rechts-Achse.

Die PDS als „Prototypen einer linkspopulistischen Partei“ stellte THORSTEN HOLZHAUSER (Mainz) ins Zentrum seiner Ausführungen. Dabei ging er der Frage nach, ob dem „Klassenkampf“ der SED ein „Kulturkampf“ der PDS bzw. Linkspartei gefolgt sei. Nach der Diskreditierung des Sozialismus als Ideologie und dem parallelen Bedeutungszuwachs der gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus (Wolfgang Merkel) habe die PDS erfolgreich auf eine ostdeutsch imprägnierte Identitätspolitik gesetzt. Anders als bei rechtspopulistischen Parteien seien jedoch ethnische und nationalistische Identitätskonstrukte hiervon weitestgehend ausgeklammert gewesen. Als „Kümmerer-Partei“ für die Belange Ostdeutscher habe die PDS ehemalige SED-Regimeprofiteure, Modernisierungsverlierer und westdeutsche Anti-Kapitalisten als Wählermilieu erschließen können. Einen Wandel der politischen Strategie der PDS machte HOLZHAUSER ab 2005 mit den umfassenden Sozialstaatsreformen der „Agenda 2010“ aus. Der identitätspolitische Topos der „Kolonialisierung Ostdeutschlands“ sei nun sukzessive der sozialpolitischen Deutung der „Neoliberalisierung Deutschlands“ gewichen.

Den Abschluss des Workshops markierte der Gesamtkommentar von MARIE-LUISE RECKER (Frankfurt). In ihrem Forschungsausblick apostrophierte RECKER, nach wie vor böten die ideengeschichtliche Analyse programmatischer Aussagen wie auch die sozialgeschichtliche Erforschung der Sozialstruktur von Parteien und Wählermilieus große Erkenntnischancen. Darüber hinaus seien kulturgeschichtliche Zugänge für eine moderne Parteiengeschichtsforschung unerlässlich. Zukünftige Arbeiten könnten etwa anhand von visuellen und auditiven Quellen die Performanz von PolitikerInnen berücksichtigen. Ebenso stelle die Erforschung der kommunalen Ebene ein Desiderat dar. Zwar sei auch eine stärker

international ausgerichtete Parteienforschung durchaus wünschenswert, doch verwiesen die Verschiedenartigkeit der im Nationalstaat verwirklichten politischen Systeme und dessen politischer Kulturen auf die Grenzen dieses Ansatzes.

Konferenzübersicht

Elke Seefried (München): Begrüßung

Felix Lieb (München), Thorsten Holzhauser (Mainz): Thematische Eröffnung

Panel I: Das Politische und das Private: Der Wandel politischer Steuerungsansprüche „nach dem Boom“: Moderation: Sophie Friedl (München)

Stefan Weispfennig (Trier): Vom Ökosozialismus zum LOHAS? Die Standpunkte der Grünen gegenüber Ideen politischen Konsums

Felix Lieb (München): Marktsozialdemokratie? Die Ökologiepolitik der SPD zwischen Wachstumskritik, Wirtschaftspolitik und „marktwirtschaftlichem Umweltschutz“

Dietmar Süß (Augsburg): Kommentar

Panel II: Das Ende der „Volksparteien“? Gesellschaftliche Pluralisierung und „Wertewandel“ seit den 1970er-Jahren: Moderation: Anne-Kristin Hübner (München/Berlin)

Bernhard Dietz (Mainz): „Werteerosion“ aufhalten oder Individualisierung gestalten? Der „Wertewandel“ und die CDU in der Bundesrepublik der 1980er Jahre

Bernhard Gotto (München): Die permanente Vertrauenskrise? Das Verhältnis von Parteibasis und -führung der im Bundestag vertretenen Parteien in den 1970er und 1980er Jahren

Marc Meyer (Trier): Die politische Arbeit der Frankfurter SPD – Überlegungen zur „Frankfurter Diskussion“ und deren Auswirkungen, 1986–1989

Martina Steber (München): Kommentar

Abendvortrag: Moderation: Elke Seefried (München): Silke Mende (Berlin): Krise der Parteiendemokratie – Krise der Repräsentation? Zeithistorische Schlaglichter auf eine (nicht nur)

aktuelle Debatte

Panel III: Das „Ende der Geschichte“? Der Fall des Eisernen Vorhangs und Wiedervereinigungsprozesse in der deutschen Parteienlandschaft: Moderation: Rick Tazelaar (München)

Etienne Dubslaff (Montpellier): Diskrepanzen zwischen der Identität der Sozialdemokraten in der DDR, der ostdeutschen Bevölkerung und dem westdeutschen Parteiensystem

Florian Schikowski (Potsdam): Ostdeutsche Bürger*innenbewegung im Bundestag – Das Bündnis 90 auf dem Weg ins Parteiensystem der Bundesrepublik

Bettina Tüffers (Berlin): Kommentar

Panel IV: Jenseits von rechts und links? Populismus und nationale Identität in der Bonner und Berliner Republik: Moderation: Ana Lena Werner (München)

Moritz Fischer (München): Vergangenheit, nationale Frage und „rechte“ Politik: Die Republikaner und der Wandel nationaler Identitätsvorstellungen in den 1980er Jahren

Martin G. Maier (Marburg): Nationale Basisdemokratie? Die Grünen, die Neuen Sozialen Bewegungen und die „Kulturrevolution von rechts“

Thorsten Holzhauser (Mainz): Kulturkampf statt Klassenkampf? Identitätspolitik und „linker“ Populismus (1990–heute)

Astrid Séville (München): Kommentar

Marie-Luise Recker (Frankfurt): Gesamtkommentar